

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 - M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Briefband bezogen für Deutschland und Oesterreich 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. jährl. Colours-Zustellung, per Brief für Deutschland und Oesterreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 2-3.

Die schlagfertige Komparativgröße über deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Feuerungsgebühr. Klein-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Feuerungsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Schriftführer: Jahnke 2830, 2845, 4518 4603, 4625, 4649, 4622.

# FR E I H E I T

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Neue Verhandlungen in Minsk

### Ein bolschewistischer Funkspruch

II. Warschau, 13. August.

Die Presseabteilung gibt bekannt: In der Nacht vom 11. zum 12. August erhielt die Warschauer Funkstation einen verspäteten Funkspruch mit dem Datum vom 7. d. M., der zeigt, wie die bolschewistische Regierung bekräftigt, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Er lautet: Nachdem die Untersuchungen über die Nichtannahme der polnischen Funksprüche durch die Moskauer Funkstation abgeschlossen ist, ergibt sich, daß diese die polnischen Funksprüche wegen atmosphärischer Störungen nicht hat annehmen können. Der Volkskommissar für äußere Angelegenheiten benutzt die erste Möglichkeit am 7. d. M., 2 Uhr, um nach Warschau einen Funkspruch mit der Frage zu senden, warum die Sowjetregierung keine Antwort auf die russischen Vorschläge für die Waffenstillstandsverhandlungen in Minsk erhalten habe. Wir erwarten nunmehr die polnische Einwilligung zu den Waffenstillstands- und Präliminarfriedensverhandlungen in Minsk. Unsere Delegation wird am 11. d. M. in Minsk eintreffen. Wir erwarten die polnische Delegation auf der Chaussee Siedlce-Brest-Litomol am 2. d. M. (8 Uhr abends, deutsche Zeit.) Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin.

II. Warschau, 13. August.

Die Presseabteilung des Ministeriums des Äußern gibt bekannt: Die polnischen Parlamentäre sind gestern von der Front nach Warschau zurückgekehrt. Die Sowjetregierung hat vorgeschlagen, daß die polnische Waffenstillstandsdelegation für Minsk am 14. d. M. die Front passiere.

### Polen zögert

Brag, 12. August.

Aus Moskau ist nach einer hier eingetroffenen Meldung dem polnischen Minister des Äußern Sapieha am 10. August eine dringende Depesche folgenden Inhalts zugegangen: Die Vertreter der russischen Heeresleitung erwarteten Ihre Delegation auf der Chaussee Siedlce-Miendzyproje am 9. August abends; obwohl sie nicht eingetroffen ist, sind Maßnahmen ergriffen worden, um sie bei ihrer Ankunft zu empfangen. Wir ersuchen, uns den Zeitpunkt ihres Ankommens mitzuteilen, sowie auch die Namen der Pressevertreter anzugeben, welche die polnische Delegation mit sich bringen wird. Der Abendung ihrer Korrespondenz und der Vermittlung ihrer Funksprüche werden keine Schwierigkeiten bereitet werden.

Daraufhin wurde nach Moskau an die Adresse Tschitscherin, Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, folgender Funkspruch geschickt: Die polnische Regierung, sowie der Ausschuss für die nationale Verteidigung haben genehmigt beschlossen, eine aus Vertretern der Regierung und der führenden Parteien des Landtags bestehende Abordnung zu schicken. In Anbetracht dessen jedoch, daß die gestern abgeschickten Parlamentäre noch nicht zurückgekehrt sind, ist der Zeitpunkt der Abreise der Abordnung noch nicht bestimmt worden.

Außerdem wurde an Tschitscherin noch folgender, von Sapieha unterzeichneter, Funkspruch abgeschickt: Wir erwarten zuerst die Rückkehr unserer Parlamentäre, bevor wir unsere Abordnung abschieben werden. Wir werden Ihnen noch den Zeitpunkt der Abreise, die Zahl der Mitglieder, des Personals und der Journalisten, die an der Abordnung teilnehmen, angeben.

### Die französische Extradition

Paris, 13. August.

Die Sowjetregierung hat an die französischen Arbeiter anlässlich der Anerkennung der Regierung des Generals Wrangel durch die französische Regierung einen Appell gerichtet, in dem sie erklärt, daß durch die Anerkennung der südrußischen Republik durch Frankreich die Möglichkeit eines russisch-französischen Krieges gegeben wäre. Umsonst hätten Krasin und Kamenev der französischen Regierung bei jeder Gelegenheit mitgeteilt, daß die Sowjetregierung bereit sei, alle Fragen zu prüfen, die die französische Regierung nicht in der gegebenen Form anerkennen könne. In dem Augenblick nun, in dem man die Hoffnung hatte, daß durch einen gerechten russisch-polnischen Frieden der Welt der Frieden wiedergegeben werde, habe Frankreich durch seine Tat den Bruch der Verhandlungen zwischen Rußland und Polen hervorgerufen. Die Erklärung der französischen Regierung habe in Rußland in allen Kreisen große Erregung hervorgerufen und es sei durch sie die Möglichkeit des Ausbruchs eines neuen Weltkrieges gegeben. Die französische Arbeiterklasse hätte nunmehr das Schicksal der ganzen Welt in ihrer Hand.

### Die Anerkennung Wrangels

London, 12. August.

Der französische Geschäftsträger hat am Donnerstag vormittag im Auswärtigen Amt die Anerkennung der Regierung des Generals Wrangel durch die französische Regierung notifiziert. Das Telegramm mit den Instruktionen des französischen Ministers des Äußern an den französischen Botschafter in London,

das sich auf die Notifizierung bezog, traf infolge eines Fretums in der Uebermittlung mit großer Verspätung in London ein.

Paris, 12. August.

Der „Temps“ schreibt zu der Anerkennung des Generals Wrangel durch die französische Regierung, als Millerand von Antche zurückgekommen sei, habe das Verlangen der Regierung von Südrußland um Anerkennung vorgelegen. Es habe den Bedingungen entsprochen, die Millerand am 20. Juli in der Kammer gekennzeichnet habe. Erst nachdem der Ministerrat den Beschluß der Anerkennung gefaßt habe, sei die Nachricht von einem Schritt Englands in Warschau eingetroffen. Das Blatt sagt, Frankreich habe den Eindruck, England wolle mit Gewalt eine Konferenz zusammenbringen, auf der Deutschland und Sowjet-Rußland vertreten sein sollen, eine Konferenz, auf der Frankreich gezwungen werden würde, eine Revision des Friedensvertrages von Versailles über sich ergehen zu lassen, sowie den Verlust der notwendigen Garantien für seine Sicherheit, also vielleicht auch die ganze oder teilweise Annullierung der Wiedergutmachung, auf die es ein Anrecht habe. Die Engländer müßten verstehen, daß eine derartige Möglichkeit alle Franzosen ohne Unterschied der politischen Meinung oder der sozialen Stellung in Erregung brächte.

II. London, 13. August.

Kreuter meldet: Der Bericht aus Paris über die Anerkennung des Generals Wrangel ruft im Unterhause großes Aufsehen hervor. Mit Rücksicht auf die Unsicherheit der Lage und die weitere mögliche Entwicklung der Ereignisse wird das Unterhaus anstatt von heute bis zum 9. Oktober nur bis zur nächsten Woche seine Sitzungen vertagen. Der Abgeordnete Maclean hat den Ministerpräsidenten um nähere Mitteilungen ersucht. Er erklärte, daß, wenn die Nachrichten über den Beschluß der französischen Regierung richtig seien, eine neue Lage geschaffen worden sei, und Frankreich sich jedenfalls in Bereitschaft halten müsse.

### Der englisch-französische Konflikt

II. London, 13. August.

Gestern hat hier ein Kabinettsrat stattgefunden, der sich mit der durch die französischen Maßnahmen geschaffenen Lage befaßte. Lloyd George habe in Paris telegraphisch um Auffklärung erzuht, aber noch keine Nachricht erhalten, sobald ein Beschluß noch nicht gefaßt werden konnte. Weder der britische Botschafter in Paris, noch der französische Gesandte in London sind über die neuen Schritte der französischen Regierung unterrichtet worden. In eingeweihten Kreisen neigt man zu der Annahme, daß die Anerkennung des Generals Wrangel durch die französische Regierung und das Verbot an den konsularischen Vertreter Frankreichs in London, mit Krasin und Kamenev in Verbindung zu treten, auf ein Mißverständnis zurückzuführen ist. Lloyd Georges Abreise nach der Schweiz ist verschoben worden.

Wie aus autoritativer Quelle verlautet, wird eine neue Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Millerand stattfinden. Wahrscheinlich werden die beiden Ministerpräsidenten am nächsten Sonntag in Boulogne zusammentreffen, um die durch die neuesten Ereignisse geschaffene Lage und ihre Folgen zu besprechen.

### Die englische Arbeiterpartei an Lloyd George

Rotterdam, 13. August.

Neuere Rotterdamse Courant meldet aus London: Der Aktionsausschuss der Arbeiterpartei, der sich mit der russisch-polnischen Frage befaßt, hat einen Brief an Lloyd George geschickt, worin er ihm mitteilt, daß die Frage des Verhältnisses zwischen Rußland und England mit der Mitteilung Lloyd Georges im Unterhause nicht erledigt ist. Die Arbeitervertretung sei davon überzeugt, daß ein Friedensschluß und normale Beziehungen zwischen England und Rußland eine gebieterische Notwendigkeit sind. Der Brief ersucht, mit Rücksicht auf die für Freitag angeordnete nationale Arbeiterkonferenz, sofort in deutlichen und bestimmten Worten zu erklären, welche Bedingungen die englische Regierung für einen Frieden mit Rußland stellt.

### Cachin und Frossard über ihre Eindrücke in Rußland

St. Paris, 13. August.

Cachin und Frossard schildern in der Humanité ihre Eindrücke über ihren Aufenthalt in Rußland und weisen insbesondere auf die Nacht des bolschewistischen Regimes in Rußland hin, das heute nach dem Steg über die inneren und äußeren Schwierigkeiten fast das ganze russische Volk umfaßt. Am Freitag wird im Pariser Platz eine öffentliche Versammlung stattfinden, in der Cachin und Frossard über ihre russischen Erfahrungen sprechen werden.

### Amnestieforderung der französischen Arbeiter

St. Paris, 13. August.

Die französischen Arbeiter fordern Amnestie. Die Humanité veröffentlicht eine Denkschrift der französischen Arbeiter, in der abgemilderte Amnestie für politische Vergehen gefordert wird, die im Zusammenhang mit dem Generalfreilassen stehen.

## Das neue Amnestiegesetz

Von Kurt Boenheim.

Vergeblich hat die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei im Reichstag versucht, eine allgemeine politische Amnestie herbeizuführen. Der Antrag ist an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien gescheitert. Wir geben im nachfolgenden ein Merkblatt zu dem neuen Amnestiegesetz, aus dem ersichtlich ist, welchen Umfang und welche Tragweite das Amnestiegesetz hat. Hierbei sind die soeben erschienenen Ausführungsbestimmungen des Justizministers, die zwar für die Gerichte nicht bindend sind, aber für die Staatsanwaltschaft bindende Anweisungen enthalten, berücksichtigt.

### Merkblatt zur Amnestie

1. Die Amnestie ist keine allgemeine Amnestie, also keine Amnestie, die sich auf alle strafbaren Handlungen bezieht. Sie bezieht sich vielmehr mit gewissen unten angegebenen Einschränkungen nur auf politische Delikte.

2. Sie ist aber auch keine allgemeine politische Amnestie. Straffrei sind nur folgende politische Handlungen:

a) 1. Diejenigen Handlungen, die zur Abwehr eines hochverräterischen Unternehmens gegen das Reich begangen sind. Die Ausführungsbestimmungen des Justizministers bemerken hierzu: Wesentlich ist bei der Entscheidung, ob die Handlung zur Abwehr eines hochverräterischen Unternehmens begangen ist, der Wille und die Vorstellung des Täters, daß er ein hochverräterisches Unternehmen bekämpft hat. Die Teilnehmer an den Kämpfen, die im Anschluß an den Rapp-Putsch gegen Teile der Reichswehr, beispielsweise in Friedrichshagen, Köpenick, sowie im gesamten Ruhrrevier stattgefunden haben, sind daher straffrei, gleichgültig ob die Reichswehrtruppen tatsächlich auf seinen Rapp gestanden haben oder ob die Annahme der kämpfenden Arbeiter, daß es sich um kapptroupe Truppen handele, zutreffend gewesen ist.

Auch die sogenannten Rädeleführer bei diesen Kämpfen sind straffrei. In Zweifelsofällen wird zugunsten der Beschuldigten, wie der Justizminister ausdrücklich bemerkt, stets Straffreiheit einzutreten haben.

b) Hochverrat gegen das Reich. Nicht straffrei sind jedoch die Urheber und Führer des hochverräterischen Unternehmens. Ob eine Person Führer gewesen ist, kann im Einzelfalle zweifelhaft sein. Der Begriff des Führers ist sehr eng zu fassen. Die bereits erwähnten Ausführungsbestimmungen des Justizministers bemerken hierzu: Unter Führern und Urhebern, denen keine Straffreiheit gewährt wird, sind nur die Führer der Gesamtkaktion, die Zentralunternehmen, des Unternehmens in seiner Totalität, nicht auch die Urheber und Leiter lokaler oder provinzieller Unternehmen zu verstehen.

Wer beispielsweise in Essen ein hochverräterisches Unternehmen geleitet hat, ist straffrei, denn er ist nur der Leiter eines lokalen Unternehmens gewesen. Nicht straffrei sollen ferner nach der im Reichstag geäußerten Ansicht der Regierung sein, diejenigen hochverräterischen Unternehmen, die gegen einen Bundesstaat allein verübt sind. Die vielen Tausende, die nach dem Sturz der bayerischen Räterepublik wegen ihrer Beteiligung an der Räterepublik zu schweren Kerkerstrafen verurteilt sind, sollen demnach nicht unter die Amnestie fallen. So die Auffassung des Regierungsvorgängers im Reichstag. Man wird freilich dieser Auffassung entgegenhalten müssen, daß der Hochverrat gegen Bayern zugleich ein Hochverrat gegen das Deutsche Reich gewesen ist. Gelingt es, den Beurteilten mit dieser Amnestie fallend angesehen werden. Denn sobald der Hochverrat sich gegen Reich und Bundesstaat richtet, findet die Amnestie zweifellos Anwendung.

c) Die Handlungen, die im Zusammenhang mit dem hochverräterischen Unternehmen oder seiner Abwehr begangen worden sind. Der Begriff des Zusammenhangs ist für den Beschuldigten möglichst günstig ausulegen. Die Ausführungsbestimmungen des Justizministers bemerken hierzu: Es gehören hierher nicht nur Handlungen, die hochverräterischen Unternehmen gegen das Reich oder ihrer Abwehr gedient haben, sondern auch solche Handlungen, die durch die politische Situation bedingt oder auch nur durch sie ausgelöst worden sind.

Es fallen beispielsweise also hierunter die Beurteilungen wegen der JanuarKämpfe in Berlin (Besetzung vom „Vorwärts“, Kasse, Uffstein, M.T.B.), sowie die Beurteilungen wegen der MärzKämpfe in Berlin (Polizeipräsidium, Lichtenberg). Ebenso fallen beispielsweise unter die Amnestie die Kämpfe, die die roten Armeen im Ruhrrevier zu bestehen hatten.

Gleichgültig ist, von welchem Gericht die Beurteilungen ausgesprochen sind, ob die Beurteilung von einem ordentlichen Gericht (Strafkammer, Schwurgericht) oder von einem mit Offizieren besetzten außerordentlichen Kriegsgericht erfolgt sind.

Straffreiheit tritt bei den Handlungen zu c) nicht ein: a) Wenn die Handlungen lediglich auf Robett, Eigennutz oder sonstigen nicht politischen Beweggründen beruhen. Hat der Täter aus politischen Gründen, außerdem noch aber aus Eigennutz gehandelt, so fällt er unter die Amnestie, weil seine Tat in diesem Fall nicht lediglich auf Eigennutz beruht. In den Ausführungsbestimmungen des Justizministers wird darauf hingewiesen, daß

die Tat selbst dann straflos ist, wenn der Beschuldigte vorwiegend aus einem nicht politischen Beweggrund gehandelt hat.

Daher fallen unter die Amnestie beispielsweise auch diejenigen Personen, die im Januar 1919 sich an den „Vorwärts“ kämpfend beteiligten und nach der Behauptung der Anklagebehörde im „Vorwärts“ nebenbei geplündert haben, vorausgesetzt jedoch, daß sie wegen der Plünderung nicht besonders bestraft sind. Ist in den Urteilsgründen für den Landfriedensbruch und für die Plünderung auf je eine besondere Strafe erkannt, so tritt Straffreiheit nur hinsichtlich der Verurteilung des Landfriedensbruchs ein.

Im einzelnen wird es natürlich Auslegungssache sein, festzustellen, ob die Tat lediglich auf nicht politischen Beweggründen beruht. Dem Beschuldigten ist in allen Fällen zu raten, eine Entscheidung des Gerichts hierüber herbeizuführen. (Vergl. weiter unten.)

3. Wenn es sich um einen Mord, Totschlag, eine schwere Körperverletzung, einen Raub im Sinne des § 251 des St.-G.-B. oder um Brandstiftung handelt. Wer jemand bei den Kämpfen erschossen hat, fällt daher nicht unter die Amnestie, auch wenn die Kämpfe ein rein politisches Ziel hatten.

4. Die Strafverfolgungen sind, soweit die Amnestie Anwendung findet, sofort einzustellen.

5. Die Beschuldigten, die unter die Amnestie fallen, sind, soweit sie sich in Untersuchungshaft befinden, sofort aus der Haft zu entlassen. Ebenso sind die Strafgefangenen, die unter die Amnestie fallen, sofort aus den Gefängnissen oder Zuchthäusern frei zu lassen. Die Angehörigen der noch in Haft befindlichen Verurteilten werden sich zweckmäßig sofort an den Verteidiger wenden, der die Verteidigung seinerzeit geführt hat, damit er für möglichst schnelle Entlassung Sorge trägt. Die Staatsanwälte haben zwar von sich aus die Entlassung zu veranlassen, es wird aber doch durch entsprechende Anträge eine Beschleunigung der Haftentlassungen oft bewirkt werden.

6. Lehnt die Staatsanwaltschaft oder, falls das Verfahren bereits beim Gericht anhängig ist, das Gericht die Einstellung ab, so muß der Beschuldigte gegen den ablehnenden Beschluß Beschwerde einlegen. Soweit die Ablehnung von Seiten des Gerichts erfolgt, muß die Beschwerde gegen den die Einstellung ablehnenden Beschluß binnen einer Woche eingelegt werden.

7. Ist der Beschuldigte verurteilt und fällt er unter die Amnestie, so braucht er Gerichtskosten, die noch nicht bezahlt sind, nicht mehr zu bezahlen.

## Louguet über die Internationale

Der Pariser Berichterstatter des Prager „Pravo Ldu“, Genosse Winter, veröffentlicht eine längere Unterredung mit Louguet über Fragen der sozialistischen Taktik und der Internationale. Louguet bestritt einen Zusammenschluß aller aus der Zweiten Internationale ausgetretenen Parteien des europäischen Westens — mit Einschluß Deutschlands —, welche danach mit Moskau als ein gemeinsames Ganzes verhandeln sollten. Das Wichtigste wäre überall die Einheit der Arbeiterbewegung.

Louguet sprach auch von Deutschland und behauptete, daß man von dem Prinzip abgegangen wäre, nur für die direkten Kriegsschäden Entschädigung zu verlangen. Frankreich werde jetzt in Wirklichkeit nicht mehr, sondern infolge des andern Verteilungsmodus innerhalb der Erbschaftsberechtigten, nur weniger erhalten.

## Die den Weg bereiten

(Aus einem Roman von Lawrence Sanders.)

Der große Saal war voller Menschen. So oft Jim Keilly sprach, kamen seine Genossen, um ihn zu hören; dem Manne eignete etwas Magnetisches, etwas, das das stumpfste Gehirn erfachte und zur Arbeit zwang.

Der Vorlesende murmelte eifrig einleitende Worte. Die Majon war kein großer Redner, ein bleicher, kränklicher alter Mann mit dem Mut eines Löwen in dem verfallenen Körper. Er war ein geschickter Tischler gewesen, doch hatte ihn ein Unfall der rechten Hand beraubt und seither mußte er Handlangerdienste verrichten, eine Arbeit leichten, der jeder zwölfjährige Knabe fähig gewesen wäre. Dennoch klagte er nie, verlor nie seine gute Laune. Er war viele Jahre hindurch der Führer des Holzarbeiter-Verbandes gewesen, gehörte mit Leib und Seele der Bewegung, der er sich als junger Mann angeschlossen hatte. Neben ihm stand Bob Crest, ein hochgewachsener, blauer Bürsche mit den schlanken, starken Händen eines Künstlers. Bob Crest arbeitet zehn Stunden am Tag in einer Fabrik, unentwegt wiederholten seine geschliffenen Hände die gleiche tödlich eintönige Bewegung, zehn Stunden am Tag mußte sich sein krüger Kopf damit begnügen, hölzernen Balken herzustellen. Rechte er jedoch abends heim, so wurde aus der Maschine Bob, der Mensch Bob, der Künstler Bob. Seine kleine Stube war voller Holzfiguren, die eines Meisters Hand geschminkt hatte. Das ganze elende, trostlose Leben der Armen atmete in dem Raum: rachsüchtige Kinder streckten krakelnde, verkrümmte Hände aus, starke Männer standen unter der Last einer allzu schweren Bürde fast zu Boden gedrückt, Frauen sah man, die die Fron des Tages aller weiblichen Schönheit beraubt hatte, alte hegenhafte Weiber aus ihnen machend, in Jahren, da die reiche Frau den Höhepunkt ihrer Schönheit erreicht. Sorgenzerfressene alte Mütterchen, Greise, erschöpften, verprügelten Tieren gleichend, verkündeten allen, die Augen hatten zu sehen, die Ungerechtigkeit der Welt. Die Gestalten waren häßlich, einige schier abstoßend, dennoch mußte ein kundiges Auge die unendliche Liebe und das Mitleid erkennen, das sie geschaffen hatte.

Jim Keilly bestieg die Tribüne, von freundlichen Zurufen begrüßt.

Er blickte auf das Meer von Gesichtern nieder, das ruhelos in dem halbdunklen Räume wogte. Die Züge unter ihm schienen zu versinken, im Dämmerlicht zu verschwimmen, ein Teil des Düstern zu werden. Jim sah bloß zahllose Augen, die den seinen begegneten. Verdorrene, traurige Augen, hoffnungsstrotzige, junge Augen, Augen, erfüllt von leidenschaftlicher Sehnsucht, Augen voll halb wahnsinniger Mut und wildem Haß. In dem kleinsten erhellten Raum schienen die Augen durch die Düstern zu schweben, ihn zu rufen, ihn anzuflehen.

## Die neue Putzorganisation

### Pinkerton, Orgeß und die Regierung

Die Entlarvung der Magdeburger Spitzelzentrale zieht immer weitere Kreise. Es kann als feststehende Tatsache bezeichnet werden, daß die Deutsche Wirtschaftshilfe, die Orgeß und die Pinkerton-Gesellschaft eine große Arbeitergemeinschaft darstellen, die über ganz Deutschland verbreitet ist und das Ziel verfolgt, der monarchistischen Gegenrevolution die Wege zu bahnen. Die Lügennachrichten über linksradikale Putz- und „rote“ Armeen werden auf Grund genauer Direktiven, die von einer Zentralstelle ausgehen, angefertigt. Die rechtsstehende Presse, die mit den Spitzelzentralen in enger Verbindung steht und ihre Pläne billigt, gibt den Nachrichten breiten Raum. Jenseit der unwahren Nachrichten ist es, die Öffentlichkeit zu ängstigen, damit sich die gegenrevolutionäre Bewegung um so ungezügelter entfalten kann. Wie eng die Zusammenhänge zwischen der Spitzelkunst und der von Orgeß geleiteten Geheimorganisationen sind, die sich Orgeß nennt und die bisherige Einwohnerwehr umfaßt, das geht aus einer Veröffentlichung des „Berliner Tageblattes“ hervor, die uns außerdem noch zeigt, daß die Orgeß und ihre Spitzelgarde den planmäßigen Sturz der Regierung herbeiführen wollen. Als Vorbild dient Bayern. Dort sei es, so behaupten die Organisatoren der Orgeß, am 18. März gelungen, das Ministerium Hoffmann ohne Kampf zu stürzen und die „Sonderregierung“ zu besetzen. Der bloße Hinweis auf die hunderttausend bewaffneten Bürger habe das Ministerium Hoffmann zum Abgang bewogen. Diese Methode soll nun auch für Norddeutschland angewandt werden.

Ende Mai habe in München, so heißt es dann weiter, eine Versammlung stattgefunden, die bewachte, die für das ganze Reich eingeleitete Organisation in besetzte Bahnen zu lenken. Angeblich wolle man durch diesen reaktionären Putz auch nicht die Wiederherstellung der Monarchie, man wolle nur eine andere Regierung bilden, die in der Lage sei, im Sinne der Rechtsparteien und, wie man sagte, ordnungsmäßig zu regieren. Nach Fertigstellung der Organisation sollte, wie in München, auch in Berlin vorgegangen werden und die Regierung ohne jedes Blutvergießen zur Abdankung gezwungen werden. Nur in Mitteldeutschland und im Ruhrrevier müsse man mit Kämpfen rechnen. Für diesen Fall seien besondere Punkte anzuordnen, die unbedingt gehalten würden, bis der bayerische Erlass, auf den man bestimmt rechnen könne, zur Verfügung stehe. In Bayern, so erklärte man, habe man die ganze katholische Geistlichkeit gewonnen; dies geschähe auch in anderen Orten. Auf dem Eichsfeld predigten bereits katholische Geistliche für die Schaffung einer solchen Selbstschutzorganisation. Als ein Erfolg, der diesen Plan begünstige, ist es dann zu verzeichnen, daß, nachdem der preussische Minister des Innern es abgelehnt habe, solche Selbstschutzverbände zu genehmigen, jetzt in seiner Vertretung der Unterstaatssekretär Freund einen Erlass herausgegeben hat, der die Eigenschaft der „Orgeß“ als geheime Organisation zwar aufhebt, der sie aber wenigstens insoweit faktisch anerkennt, daß eine Verstrafung wegen Zugehörigkeit zur Orgeß nicht mehr erfolgen kann.

Dieser Erlass des Unterstaatssekretärs Dr. Freund ist tatsächlich ergangen. Er stammt vom 27. Mai und ordnet an, daß die Behörden Fühlung mit den bewaffneten Bürgergardien nehmen. Sie sollen der Sicherheitspolizei angegliedert werden. Den Organisatoren der Wehren wird staatliche Unterstützung zugesagt, Fahrgelegenheiten (Autos) sind ihnen zu gewähren. Der Erlass zeigt, daß die preussische Regierung bisher ein heuchlerisches Doppelspiel getrieben hat. Sie ließ erst leugnen, daß sie mit der Orgeß in keinerlei Verbindung stehe. Jetzt stellt sie heraus, daß die neue Organisation der Einwohnerwehren von der Regierung nicht nur geduldet wird, sondern daß auch eine Verordnung des Staatssekretärs Dr. Freund besteht, die die Eiserichorganisation „mit allen Mitteln“ zu unterstützen. Hier zeigt sich wieder einmal, wie das Entwaffnungsgesetz gehandhabt werden wird. Die Bürgergardien werden legalisiert, das Proletariat soll wehrlos der Gegenrevolution, die von der Regierung sogar noch gefördert wird, preisgegeben werden.

### Wie „rote Armeen“ entstehen

Die Vernehmung des Agenten Altman in Magdeburg hat ergeben, daß Altman einen seiner Spitzel veranlaßt hat, in die kommunistische Partei einzutreten, einen anderen, Mitglied der

kommunistischen Arbeiterpartei zu werden. Beide haben ausgesagt, daß sie während ihrer Mitgliedschaft keinerlei Grundlagen dafür hätten feststellen können, daß eine rote Armee ausgestellt werden solle. Gleichwohl seien sie von Altman veranlaßt worden, vier- bis fünfmal täglich Berichte zu liefern. Da es ihnen an Material gefehlt habe, so hätten sie Nachrichten erfunden. Richtig sei, daß es in den kommunistischen Parteien einzelne Leute gebe, die Waffen besäßen, diese Leute seien aber vereinzelt und von einem militärischen Verbande könne ganz und gar keine Rede sein.

Sehr schwer ist die Deutsche Wirtschaftshilfe kompromittiert worden. Diese Organisation, die angeblich nur wirtschaftliche Nachrichten sammeln will, ist die tatsächliche Zentrale des gesamten Spitzelwesens in Deutschland. Bei ihrer Zweigstelle in Magdeburg wurde eine Unmenge Material gefunden, darunter ausführliche Ausstellungspläne der „Roten“ Armee, Zeichnungen von „Operationsplänen“, Waffenlagern und dergl. Alles natürlich frei erfunden und erdichtet. Die Geldgeber in Magdeburg sind in der Hauptsache Großindustrielle gewesen. Hohe Summen hat z. B. der Direktor der Krupp-Grusonwerke, Dr. Leh, gespendet. Auch die „Dünamarkthilfe“, die nichts weiter ist als eine verkappte Sammelstelle der reaktionären Umstürzler, tritt als Geldgeber auf. Der guten Beziehungen halber hat sie ihr Bureau in der Oranienburger Str. 68, dicht neben der Wirtschaftshilfe, aufgeschlagen. Von den Rechtssozialisten standen in Magdeburg außer dem Parteisekretär Kehler auch der Parteisekretär Kabeley gegen Gehalt und Provision im Dienste der Wirtschaftshilfe.

Pinkerton erklärt in der Presse, daß er gegen die „Freiheit“ und den „Vorwärts“ den Klageweg beschreiten werde. Wir freuen uns auferordentlich auf diesen Prozeß, weil uns dann endlich einmal Gelegenheit gegeben wird, in die dunklen Abgründe der reaktionären Geheimorganisationen hineinzuleuchten, ihre Geldgeber, ihre Kustraggeber bloßzustellen und die Methoden zu kennzeichnen, die seit Monaten von jenen Kreisen gehandhabt werden, um die Arbeiterklasse zu verächtigen und freie Bahn für eine Militärdiktatur zu schaffen. Ein weiterer gleich interessanter Prozeß steht uns durch die gütige Zuneigung der „Deutschen Tageszeitung“ bevor. Auch dieses Blatt will uns verkünden, weil wir behauptet haben, daß die reaktionäre Presse im Dienste der Spitzelzentrale arbeite. Gerade die „Deutsche Tageszeitung“ hat sich in der Veröffentlichung von unwahren Nachrichten über „rote“ Armeen, Geheimabkommen und dergl. besonders hervorgetan. Der Prozeß wird uns Gelegenheit geben, die trüben Quellen aufzudecken, aus denen das agrarische Organ sein Material schöpft. Wir werden fernerhin noch nachweisen, daß die „Deutsche Tageszeitung“ in direkter persönlicher Verbindung mit berüchtigten Spitzeln stand und von diesen erdichtete Nachrichten über die radikale Arbeiterklasse entgegennahm.

## Eischerich sagt den Kampf an

München, 13. August.

Fortrat Eischerich erklärte in einer längeren Rede, daß die Organisation Eischerich bereits über ganz Deutschland verbreitet sei. Die Gefahr des Bolschewismus bestehe und in Ostpreußen gewinnen die Bolschewisten fähig an Boden. Die Reichswehr könne zum größten Teil als verfaulend gelten. Die Reichsregierung sei nicht stark genug, um diesen gewaltigen Stoß aufzuhalten. Die Organisation Eischerich sei daher die beste Waffe, um bei dem kommenden Kampfe zu helfen. Wenn das Befürchtete eintreffe, dann würde man sofort nach Bayern rufen: Helft uns! Eischerich erklärte, er nehme den rücksichtslosen Kampf an.

Die Telegraphen-Union meldet: Genau wie in Magdeburg ist anscheinend auch in Dresden eine Falschmeldezentrale am Werke. Die Nachricht eines Dresdener Korrespondentenbüros von dem Bestehen einer roten Armee in Sachsen, die sozialer Staub angesetzt hat und an der kein wahres Wort ist, kann auf das Bestehen einer solchen Dresdener Spitzelzentrale zurückgeführt werden. Aber auch sonst war die Dresdener Falschmeldezentrale am Werke. Sie demontierte die bereits im Juni gebrachte Meldung der Telegraphen-Union, wonach auf Grund von unbedingt zuverlässigen Erkundungen festgestellt werden konnte, daß Holz wegen seiner Taten im Vogiland von der Tschechoslowakei an die sächsische Regierung nicht ausgeliefert werden würde. Jetzt muß dieselbe Meldezentrale sich selbst demontieren und gibt damit nach mehr als acht Wochen der Telegraphen-Union recht, die über die Gründe, die die Tschechoslowakei bewog, Holz nicht auszuliefern, schon seit längerem genau informiert war. Es wird daher gut sein, in Zukunft ein wachsame Auge auf die Dresdener Falschmeldezentrale zu haben, die sich anscheinend der deutschen Öffentlichkeit gegenüber nicht veranständig fühlt. Streng nationale sächsische Zeitungen erklären jetzt, daß sie diese krankhaften Ausgebirten sensationsgieriger Journalisten in Zukunft weit von sich weisen werden.

Guter Gott, habt ihr denn vergessen, wofür ihr kämpft? Muß ich euch daran erinnern?

Wenn ihr an diesem drückenden Juliabend heimkehrt, blickt euch um in eurem kleinen dumpfigen Zimmer, atmet den Gestank ein, der von der Straße aufsteigt, betrachtet eure blaffen, kränklichen Kinder, seht die Frauen an, die noch vor wenigen Jahren frische junge Mädchen waren, und seht, was Unterernährung und harte Arbeit aus ihnen gemacht hat. Denkt an die Mädchen, denen ihr auf der Straße begegnet seid, geschminkt, schamlos, die gezwungen wurden, ihren Leib zu verkaufen, damit dieser Leib leben könne. Schaut in die Wirtschaftler und seht Männer und Frauen, die sich mit schlechtem Alkohol zugrunde richten, weil sie bloß so das Elend, das sie Leben nennen, vergessen können.

Und wenn ihr all dies gesehen habt, wirklich gesehen, nicht nur mit euren Augen, sondern auch mit eurem Gehirn und eurem Herzen, wenn der Gestank eurer Nüstern fällt, dann schließt die Augen und beschwört ein anderes Bild herauf. Ein Bild, genau das Gegenteil von dem, was ihr eben gesahet.

Große lustige Zimmer, die Fenster gehen auf prächtige Gärten. Fühlt ihr die köstliche Luft, die hereinströmt, den Duft der Rosen und des Jasmins? Betrachtet die Leute in den schönen Häusern, Männer und Frauen. Sie rasten — ruhen sich vom Nichtstun aus. Seht, wie jung diese elegant gekleideten Frauen aussehen und dann schaut eure eigenen Frauen an, die zehn, vielleicht zwanzig Jahre jünger sind und aussehen wie flüchtig. Kommt mit mir in das Kinderzimmer, seht die rosigen wohlgenährten Babies in ihren kleinen weißen Betten. Gott weiß, daß ich keinem kleinen Kind das Beste, was diese Welt zu bieten hat, mißgönne. Aber seht jetzt eure eigenen Kleinen an, drei von ihnen auf einem schmutzigen Strohhalm, blaß, unterernährt, kränklich. Habt ihr die beiden Bilder gesehen? Seht ihr sie? Um Gotteswillen, öffnet eure irdischen blinden Augen. Schaut! Schaut!

Er hielt inne. Hunderte von Augen, blank auf die Tribüne starrend, schienen erfüllt, von den Bildern, die er heraufbeschworen hatte. Müde Gesichter wurden grimmig, schmutzige harte Hände ballten sich zur Faust. Ein Hauch von wildem Jörn schien durch den Raum zu wehen.

„Und nun fragt euch“ — rief Keilly, seine rauhharte Stimme durchdringend das drückende Schweigen — „fragt euch, ihr Männer und Frauen, die ihr den ganzen Tag schuftet, auf daß andere müßiggehen können, die ihr die Reichtümer der Welt produziert, die andere genießen, die ihr die Freudenpaläste erbaut, in denen andere wohnen, weshalb sollen diese anderen alles haben und wir nichts? Sind sie Götter, daß ihr Leben in Freuden verbracht werden soll? Haben sie große Taten vollbracht, für die sie den artigen Belohnung verdienen? Sie haben ein Verdienst, Genossen,

Jim Keilly hob die starke braune Hand und das verwirrte Gemurmel der Menge ward plötzlich zu gespanntem, erwartungsvollem Schweigen.

Schlacht, ohne rhetorische Verzierungen begann Jim Keilly zu reden.

Er sprach von dem letzten Streik, der vor vierzehn Tagen kläglich zusammengebrochen war. Die Gewerkschaft war niedergedrungen worden und das triumphierende Kapital hatte die Bedingungen diktiert.

„Wir wurden geschlagen, Genossen, nach einem kurzen Kampf von drei Wochen. Wagt ihr, warum wir geschlagen wurden?“

„Streikbrecher!“

„Kein Geld!“

„Unser verfluchtes Pech!“

Jim Keillys Stimme wurde hart, seine blauen Augen funkelten auf.

„Jemand sagte: Streikbrecher und er hatte auch recht. Gabe es keine Gelben, unser Streik und alle anderen Streiks würden siegreich sein. Wessen Schuld jedoch ist es, daß es Gelbe gibt?“

„Die verfluchten Regier!“

Keillys Antwort blickte zurück.

„Beschimpft nicht die Regier, Genossen, selbst wenn sie Streikbrecher sind. Ihre Schuld ist die geringere. Wagt ihr, wessen Schuld es ist, daß es noch immer Gelbe gibt, um unsere Streiks zu brechen? Eure eigene. Ja, eure eigene, und wenn die Dinge immer schlechter werden, wenn Niederlage auf Niederlage folgt, wenn die Herren ebenso mächtig, wenn nicht mächtiger als vor Jahren sind, so ist dies eure eigene Schuld, Genossen, bloß eure eigene Schuld.“

Seine Worte fielen wie Felsensplitter in die emporgehobenen Gesichter.

„Was zum Teufel glaubt ihr denn eigentlich, das ihr tut? Spielt ihr ein Spiel, spielt ihr Revolution? Ihr kämpft, Leute, kämpft in der furchtbarsten Schlacht, die je ausgetragen wurde, ihr seid im Gedränge der Schlacht, jede Bewegung, jeder Atemzug zählt, entscheidet über Niederlage oder Sieg — und ihr, Gott helfe euch, spielt weiter, als handelte es sich um eine Partie Billard. Die Schlacht kann gewonnen werden, sie ist bereits gewonnen worden; unsere tüftlichen Genossen haben die Feinde geschlagen. Weshalb gelang es ihnen, den Sieg zu erringen? Weil sie mit Herz und Seele darum kämpften, nicht mit halbem Herzen, wie ihr, weil sie wahre Revolutionäre sind, ob Mann, ob Frau, mit Feuerseele und Geistern, lebendige Flammen, die mit ihrem Schein die Welt erleuchten. Und was seid ihr? Menschen, die nicht zu kämpfen verstehen, zu faul, um für die eigenen Interessen zu wirken, zu verweichlicht, um mit den Leiden einer kurzen Spanne Zeit die Möglichkeit eines menschenwürdigen Daseins zu erringen.“

# Ein Brief des Rappgenerals

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht einen ihr zugegangenen Brief des Generals Freiherrn von Lüttwih. In dem er sich mit seiner Rolle während des Rapp-Putschs beschäftigt. Lüttwih schreibt, daß Rapp und er mit seinen Freunden im März zur Tat geschritten seien, weil die Wahl zum Reichstag verfassungswidrig hinausgeschoben worden sei und die Regierung die Gefahr des Bolschewismus verkennend, im Begriff stand, die ihr gegen ihn zur Verfügung stehenden Machtmittel zu schwächen. Nur eine baldige Wenderung des Kurses hätte „uns“ retten können. Die Rappisten hätten sich entschlossen zu handeln, solange die Truppe noch nicht geschwächt war. Von „nationaler“ Seite sei die Tat der Rappisten nachher abfällig besprochen und daran anschließend behauptet worden, daß ohne den Putsch die Wahlen viel besser ausgefallen wären. Dazu sagt nun Lüttwih:

„Es ist zwar manches vorgebracht worden, das diese Behauptung nicht stützt. Andererseits kann aber kaum geleugnet werden, daß das Unternehmern in weiten Kreisen Beifall gefunden hat. Das Bürgertum ist aus seiner verhängnisvollen Leihgarnie aufgerüttelt worden. In den ersten Tagen herrschte weit verbreitete Begeisterung. Sollte diese Regung nicht gerade förderlich für die Rechtspartheien gewesen sein und günstig auf die Wahlen eingewirkt haben?“

Sicher ist, daß infolge der Tat am 13. März die Wahl ein halbes, vielleicht dreiviertel bis ein Jahr früher stattgefunden hat, als Regierung und Nationalversammlung es beabsichtigten. Sie hätte einen nicht unwesentlichen anders zusammengesetzten Reichstag und den Sturz der Regierung zur Folge gehabt. Daß daraus nicht noch weitere Vorteile gezogen wurden, ist nicht unsere Schuld. Wahrscheinlich, ja wohl ebenfalls sicher ist ferner, daß das Rapp-Unternehmen die radikalen Elemente früher zum Losbrechen gebracht hat, als sie eigentlich wollten. Das Geschwätz wurde aufgeschoben, bevor es reif war, zu einer Zeit, wo die Radikalen noch nicht fertig waren, die Truppe aber noch auf ihrer Höhe stand.

Die Armee hätte bis zum 10. April auf 200 000, bis zum 10. Juli auf 100 000 Mann herabgesetzt sein müssen. Die Befehle dazu waren gegeben. Alle Einwendungen dagegen unter Hinweis auf die Gefahren des Bolschewismus von außen und innen wurden zurückgewiesen. Durch unser Handeln wurde die Verminderung der Armee verzögert. Noch heute stehen 200 000 Mann unter den Waffen. Welch ein Segen das Angebots der bolschewistischen Erfolge gegen die Randstaaten bedeutet, wird wohl jedermann einleuchten.

Ob diese 200 000 Mann als Kern gegen einen schweren bolschewistischen Ansturm ausreichen werden, ist freilich eine andere Frage.

Lüttwih erzählt weiter, daß am 17. März zwischen den Rappisten und den Vertretern der bürgerlichen Parteien Vereinbarungen getroffen worden seien, wobei sich Minister Schiffer im Nebenzimmer aufgehalten habe. Die Rappisten hätten die Bedingungen erfüllt, von der anderen Seite sei dies nicht restlos geschehen. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien wollten sich für eine Amnestierung aller politischen Verbrechen von rechts und links seit dem 8. 11. 1918 einsetzen. Erst jetzt aber solle an sie herantreten werden. Lüttwih habe sich nach dem 17. März noch etwa 8 Tage um und in Berlin aufgehalten. An maßgebender Stelle sei sein Aufenthalt bekannt gewesen. Erst Ende April sei er ins Ausland gegangen, weil er sich einer längeren Untersuchungsfrist nicht aussetzen wollte. Dem Reichsgericht habe er bekannt geben lassen, daß er zur Untersuchung erscheinen werde, wenn die Gewähr gegeben sei, daß die Gerichtsverhandlung bald im Anschluß daran stattfinden wird.

Dieser Brief des Rappistengenerals ist nichts weiter als eine Verhöhnung der Regierung und dessen, was man in der deutschen Republik unter Rechtspflege versteht. Wochenlang war der Aufenthalt von Lüttwih den Behörden bekannt, ohne daß man es für nötig gefunden hätte, ihn dingfest zu machen. Man ließ ihn frei herumlaufen und gab ihm schließlich Gelegenheit, ins Ausland zu verhaften. Bemerkenswert ist noch, daß die Vertreter der bürgerlichen Parteien den General versichert haben, daß sie sich für eine politische Amnestie bis zurück zum 8. November 1918 einsetzen wollten. Wahrscheinlich haben sie dabei nur an die Amnestierung der Rappisten und der anderen Gegenrevolutionäre gedacht. Als die Vertreter der Arbeiter die Amnestieforderung aufstellten, suchten sich dieselben bürgerlichen Parteien hinter Amnestiären Elemente bereits in Sicherheit gebracht und wegen der Amnestierung der Arbeiter wollte sich das Bürgertum nicht in Unkosten stürzen.

ein einziges — sie sind reich. Gibt ihnen dies ein Recht auf alle Güter der Erde?“

Übermals hielt er inne, durch die Totenklüfte, die seinen Worten folgte, erlang ein leidenschaftliches Ausschlagen.

Ein Lächeln des Triumphes kam auf Reilings Gesicht, er fuhr fort, wie einer, den der Geist treibt:

„Wenn ihr euch doch dieser Dinge erinnern wüßtet, nicht bloß hier, auf dem Meering, sondern täglich, stündlich, jedesmal, wenn ihr die anderen im Automobil vorüberfahren seht, jedesmal, wenn ihr euer Kinder betrachtet, dann würdet ihr lernen, an die Tage zu denken, die nach euch kommen werden; die Angst, eure Kinder müßten leben wie ihr lebt, leiden wie ihr leidet, würde euch zum Wahnsinn treiben. Doch wäre es ein heiliger Wahnsinn, der Wahnsinn, der einzig und allein die Welt zu retten vermag. Unser Lösungswort lautet: entzündet die Fackel der Revolution, möge sie alles Ungerechte und Unreine in ihrem Feuer verzehren. Ich aber sage euch: entzündet die geheiligte Fackel in euren eigenen Herzen, werdet selbst zu einer lebenden Fackel, die hell in der Dunkelheit leuchtet, den Weg weist nach einer besseren Welt, einer Welt der Gerechtigkeit und des Brudertums. Geht hinaus in alle Welt und verkündet das neue Evangelium. Fragt nicht erst, ob der Mensch, zu dem ihr sprecht, weiß oder schwarz, ob er ein Amerikaner oder aus den europäischen Stämmen entflohen ist. Lehrt ihn die Wahrheit, dann wird es bald seine Selben mehr geben, um unsere Streiks zu brechen und die Nacht wird unser sein. Tatum nicht von der Weltrevolution, Genossen, als von etwas Fernem, lebt sie!“

(Aus dem englischen Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen.)

**Proletarisches Theater.** Von einem Zentralbureau für Neue Bühnenkunst soll ein proletarisches Theater eröffnet werden. Dieses Unternehmen hat nichts mit dem proletarisches Theater der revolutionären Arbeiter Groß-Berlins zu tun, das von Arbeitern und ihren Organisationen verwaltet und geleitet wird. Es müßte während der Rapptage seine Vorstellungen in der Bühnenharmonie unterbrechen. Es wird im Oktober wiederum beginnen und zunächst Sätze aus Sowjetrußland und Ungarn spielen.

Die Proletkultzentrale in Moskau hat Delegierte nach Westeuropa geschickt, die das Interesse, für den Proletkult auch bei uns wecken sollen. In diesem Sinne soll in Berlin ein Kursus über die Fragen der proletarischen Kultur begonnen werden, der den Zweck hat, Genossen für die Proletkultarbeit vorzubereiten. Eine vorbereitende Besprechung für diesen Kursus findet statt am Sonnabend, den 14. August, Gipsstr. 23, Zimmer 5, 7½ Uhr.

**Deutsches Theater.** Am Dienstag ist die Neueinrichtung der Schiffalagrottele „Der Fisch im Panzerhaus“ von Robert Forster-Carrinaga.

Die Behauptung, daß der Rapp-Putsch „die radikalen Elemente“ vorzeitig zum Losbrechen veranlaßt habe, ist natürlich ein blanker Schwindel. Richtig ist nur, daß die Rappisten von ihrem Streich eine weitere Hinausögerung der Abrüstung und der Verminderung des Heeres erwartet hatten und in dieser Erwartung haben sie sich auch nicht getäuscht. Der Brief des Rappgenerals beweist aufs neue, wie notwendig die vollkommene Befestigung des Militarismus in Deutschland, dieses Hortes der Reaktion, ist.

## Eine Hundstagskomödie

Um der Reichswehr den Schein einer demokratischen Einrichtung zu geben, wurde vor einigen Wochen die Bildung einer sogenannten Wehrkammer angeordnet, in der die Soldaten ihre wirtschaftlichen Wünsche vorbringen sollen. Außerdem soll die Wehrkammer dazu dienen, Gesetzesvorlagen, die sich auf die Wehrmacht beziehen, zu besprechen und etwaige Abänderungsvorschläge geltend zu machen.

Die Wehrkammer ist von der reaktionären Presse auf das lebhafteste begrüßt worden. Sie wurde sogar als eine praktische Anwendung des Räte-systems bezeichnet und gewissermaßen als Vorbild für andere Berufsweige hingestellt. Wir haben damals gleich betont, daß die Wehrkammer weiter nichts ist als ein Ausschuss, das dazu dienen soll, die reaktionären Umtriebe in der Reichswehr zu verschleiern und zu bemänteln. Die Generalkommission will rücksichtslos den letzten Mann in einen monarchistischen Vorläufer umwandeln. Sie braucht dazu eine Rückendeckung, die Wehrkammer soll ihr diese Stütze sein. Der reaktionäre Grundzug dieses Gebildes geht schon aus der Tatsache hervor, daß die Offiziere, die nur 25 Prozent der Heeresstärke bilden (was nebenbei bemerkt noch vielzuviel ist), die absolute Majorität in der Wehrkammer haben, also bei allen wichtigen Fragen die Mannschaften überklimmen können.

Inzwischen haben auch die Wahlen zur Wehrkammer stattgefunden, d. h.: was man beim Militär so Wahlen nennt. Die Mannschaftsvertreter wurden nämlich nicht gewählt, sondern von den Offizieren bestimmt. Die Truppe mußte ja sagen. Am 9. und 10. August fand in Berlin die erste Tagung der Wehrkammer statt. Die Öffentlichkeit war ausgeschlossen, niemand sollte wissen, was vorgegangen ist. Dem „Vorwärts“ ist es aber doch gelungen, sich einen Bericht zu verschaffen. Wir erfahren daraus, daß Verhandlungen überhaupt nicht stattgefunden haben. Die Mannschaften waren lebhaft gezwungen, die langweiligen Vorträge einiger Offiziere geduldig über sich ergehen zu lassen. Schließlich wurde den Mannschaftsvertretern gestattet, einen Vertreter der Unteroffiziere in den Untersuchungsausschuß des Reichswehrministeriums zu wählen. Erfolg: der Reichswehrminister wünschte den Betreffenden nicht. Es wurde ein anderer gewählt — der Reichswehrminister stimmte wieder nicht zu, sondern behielt sich „seine Entscheidung vor“.

Die Herren Offiziere, die seit Wochen einen zähen Kampf gegen die verhassten Farben schwarz-rot-gold, gegen die neue Kokarde und den Reichsadler führen, überumpelten dann plötzlich die Versammlung mit dem Antrag, den neuen Reichsadler wieder abzuschaffen. Er wurde ganz allgemein als „gepuppter Vogel“, „Kudus“ und „Krähe“ bezeichnet. Die Überumpelung klappte; die Wehrkammer stimmte für Abschaffung. Ein weiterer Antrag der Offiziere wollte statt des Adlers nunmehr die schwarz-weiß-rote Kokarde wieder eingeführt wissen. Diesmal zeigten die Vertreter einige Festigkeit, sie stimmten mit 27 gegen 25 Stimmen für die schwarz-rot-goldene Kokarde, auch drei Offiziere stimmten mit den Mannschaftsvertretern.

Aber die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit wurde von den Offiziersvertretern geschimpft und gehöhnt. Recht interessant ist es, daß der Wehrkammer Schreiber nicht angehören dürfen. Diese kennen nämlich die Schliche und Kniffe des Dienstmögens mindestens ebenso gut wie die Herren Offiziere. Sie hätten als Vertreter in der Wehrkammer den Mannschaften mancherlei Aufschlüsse geben können. Das befürchten die hohen Herren, die Schreiber wurden deshalb vor die Tür gesetzt.

Wir gehen wohl kaum fehl, wenn wir die Vermutung aussprechen, daß in den nächsten Tagen die Öffentlichkeit mit Nachrichten der militärischen Pressestellen bombardiert wird. Man wird dann den einmütigen Willen „zwischen Offizier und Mann“, von dem „gemeinsamen kameradschaftlichen Geist“, der sich in der Tagung gezeigt habe, fassen. Man wird alle reaktionären Wünsche der Offiziere als bindende Beschlüsse der Wehrkammer hinstellen versuchen, um gesteigerte Macht, vergrößerten Einfluß zu gewinnen. Vor allen derartigen gedrechselten Berichten sei deshalb die antimilitärische Öffentlichkeit nachdrücklich gewarnt. Die erste Tagung der Wehrkammer war eine Hundstagskomödie. Wer auf diesen Sauber hereinkommt, dem ist nicht zu helfen.

## Der polnische Heeresbericht

11. Warschau, 13. August.

An der Nordfront haben unsere Abteilungen Mawa und Pulstul gekämpft. Das 203. Freiwilligenregiment hat bei einem Zusammenstoß bei Gleshanow 4 Maschinengewehre und 100 Gefangene eingebracht. Auf der Linie Woskow-Uszej-Kaluszon-Deleschow schwache Kämpfe mit dem Feinde. Unsere Infanterie- und Kavallerieabteilungen verdrängten an der Südfront den Feind aus Kobjenkow-Lopatyn nach Stanislawowj und Toperow. An der Strapa sind weitere Kämpfe im Gange. Die ukrainischen Truppen haben in der Gegend von Buczac 5 Maschinengewehre, ein Regimentsbureau und eine ansehnliche Anzahl Gefangene eingebracht.

## Hundert Wagen Kriegskonterbande

Neutralitätsbruch durch die Regierung?

Die Dena meldet aus Karlsruhe:

Anfangs dieser Woche kamen auf dem Karlsruher Bahnhof 100 Wagen mit teils direkter, teils indirekter Kriegskonterbande an, mit der Weisung, diese Wagen an die bayerische Grenze nach Passau und Jülich im Wald zu befördern, von wo sie dann durch einen französischen Spediteur weiterbefördert werden sollten. Zur Täuschung des Bahnpersonals trugen die Wagen die Aufschrift „Paris-Batavia“, aber die badiischen Eisenbahner ließen sich durch diese Aufschrift nicht täuschen, sondern verlangten kategorisch die Untersuchung der Wagen, die dann ergab, daß der Wagen direktes Kriegsmaterial, wie Kartuschen und Mienen, enthielten, während die übrigen Wagen Lederwaren, Automobile, Wertgegenstände, Militäreffekten, Wäschensäckchen, kondensierte Milch usw. enthielten. Die Generaldirektion der badiischen Eisenbahnen gab Weisung, daß nur die drei Wagen, welche direktes Kriegsmaterial enthielten, zurückgehalten werden sollen. Der Betriebsrat der badiischen Eisenbahner lehnte aber jeglichen Weitertransport ab, weil sämtliche in den Wagen befindlichen Waren direkt oder indirekt Kriegsmaterial seien, und wenn die Regierung diese Wagen nicht zurückhalten wolle, so werde dies die Arbeiterschaft tun, da ja außerdem noch die Gefahr bestehe, daß die Waren nach Ungarn verschleppt werden könnten. Bei den Verhandlungen zwischen der Generaldirektion und dem Betriebsrat der Eisenbahner teilte der Vertreter der ersteren mit, daß die Reichsregierung ein Telegramm geschickt habe, worin mitgeteilt wurde, daß die Regierung die Durchfuhrverbot für 100 Wagen Hungarische, 170 Wagen Fett und 100 Wagen Uniformen erwidelt habe. Der Durch-

transport werde in den nächsten Tagen über den Rangierbahnhof Karlsruhe nach der Tschechoslowakei erfolgen.

Der Betriebsrat und die Vertreter der freien Gewerkschaften erklärten, daß sie mit oder ohne Erlaubnis der Reichsregierung den Durchtransport jeden Kriegsmaterials verweigern werden, solange der Krieg zwischen Rußland und Polen andauert.

Die Haltung der badiischen Eisenbahner verdient den Dank und die Anerkennung des gesamten deutschen Volkes. Dieser Fall zeigt, wie notwendig es ist, daß die Arbeiter und Angestellten der Eisenbahnen in jedem Augenblick zum Eingreifen bereit sind und sich durch nichts in ihren Handlungen im Interesse der Neutralität beirren lassen. Am allerwenigsten durch das von den Gelben verkündete und von der Regierung unterstützte blöde Geschwätz von den ihnen nicht zugehenden Funktionen, die sie sich damit anmaßen. Das völlig unverständliche Verhalten der Regierung stellt in diesem Falle, über das wir noch eine Klärung dringend erwarten, zeigt, daß es Behörden gibt, die entweder nicht den Willen oder nicht die Macht haben, die Neutralität in wirksamer Weise zu wahren. Darum haben die Arbeiterorganisationen die Pflicht sowie das Recht, bei jeder ähnlichen Gelegenheit genau so zu handeln, wie im vorliegenden Falle.

## Waffen und Munition für Polen

Br. Rotterdam, 13. August.

Die Führer des Zentralbundes der Transportarbeiter fanden gestern mittag in einem Vor der Firma Müller & Co. 100 Kisten mit Waffen, die für Polen bestimmt waren. Die Kisten kamen aus Hamburg. Im Frachtbrief war der Inhalt als „Spielzeug“ angegeben.

## Amerika und Polen

London, 13. August.

Neuter meldet aus Washington: In diplomatischen Kreisen nimmt man im allgemeinen an, daß die Note des Staatsdepartements über die russisch-polnische Frage ein dreifaches Ziel verfolgt: 1. will sie der polnischen Regierung und dem polnischen Volke eine moralische Stütze geben, 2. will sie an die Bevölkerung Rußlands appellieren, das Bolschewistenjoch abzumerzen und eine verfassungsmäßige Regierung einzuführen, und 3. will sie auf andere Länder in dem Sinne einwirken, daß sie davon Abstand nehmen, die Bolschewistenanzu erkennen. Man erwartet in Regierungskreisen, daß die Alliierten sich zu dieser Note äußern werden.

## Das Schulbekenntnis des Herrn Lindow

Die Antwort, die uns Herr Lindow im „Vorwärts“ auf unsere Notiz gegen seinen Artikel über den Boykott gegen Ungarn gibt, entspricht durchaus unseren Erwartungen. Wir haben sie sehr mögig eingestuft und sind nicht enttäuscht worden. Die Antwort des Herrn Lindow übertrifft an Väterlichkeit fast noch seinen ursprünglichen Artikel. Dennoch müssen wir mit einigen Worten auf die Neuherungen des Mannes eingehen.

Er räumt sich, der Wahrheit die Ehre gebend und die Mitschuld der deutschen Arbeiter nicht verschwiegen zu haben. Das ist eine Verdrehung des Tatbestandes, denn nach den ersten Geständnissen Sydmons handelt es sich gar nicht mehr um eine Schuld der deutschen Arbeiter, sondern nur noch um eine Schuld der eingestellten unbeweglichen Bureaunkräfte im Transportarbeiter-Verbande, die es verjäumt hat, ihre Führeraufgaben zu erfüllen.

Ferner bemerkt Herr Lindow, aus unserem Erkennen darüber, daß er vom Abbruch des Boykotts überrascht worden, sei zu folgern, daß wir keine Überreaktion erlebt haben, sondern über die Wirksamkeit des Boykotts unterrichtet gewesen seien. Indem wir unser Wissen für uns behalten haben, hätten wir eine „wirklich benutzte Schuld“ am ungenügenden Erfolg des Boykotts (Herr Lindow nennt das allerdings die Niederlage des internationalen Proletariats) auf uns geladen. Solche Bemühungen, den Kern der Frage zu verschleiern, müssen wir entgegennehmen. Nicht auf uns kommt es an, sondern auf die Handlungen der für den Boykott entscheidenden Arbeiterorganisationen. Ob wir überrascht waren oder nicht, ist völlig gleichgültig. Die Leitung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes aber durfte nicht überrascht sein. Sie hatte die Pflicht, engste Verbindung mit Amsterdam und Wien zu halten, um ständig unterrichtet und aktionsfähig zu sein. Diese Pflicht hat sie in kräftigster Weise verjäumt.

In seiner grenzenlosen Verlegenheit wird Herr Lindow „neffentlich“ zitiert Zarathustra und redet von „wöchentlichen Totschweigen“ des Boykotts durch die „Freiheit“. Weil dieser Vorwurf von Herrn Lindow kommt, beunruhigt er uns nicht. Das Urteil darüber glauben wir getroß unseren Lesern überlassen zu können. Von einem Mann von Schlage Sydmons erwarten wir nicht, daß er sozialistische Arbeiterblätter zu lesen und über ihren Inhalt unterrichtet zu sein pflegt.

Neue Verhaftungen in Ungarn. Wie aus Brestburg gemeldet wird wurden am Mittwochabend einige Führer der sozialdemokratischen Partei in Komorn verhaftet. Als Grund der Verhaftung wird angegeben, daß die Polizei erfahren habe, die Parteileitung veranlasse geheime Versammlungen, in welchen Beratungen über die Verwirklichung des Räte-systems gepflogen werden.

## Betriebsräte

Gewerkschaftskommission und Afa

Vom Geschäftsführer des Ortskartells der Afa geht uns folgender Bericht zu:

Am Donnerstag fand im Lokal „Jugendklub“, Rosenthaler Straße 38, eine kombinierte Sitzung der Gruppenräte der Afa und der Zentrale in den Zellen statt. Nach eingehender Aussprache wurde einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

Die Verammlung beschließt: Die Zusammenfassung aller Angehörigen und Arbeiterräte in eine freigewerkschaftliche Zentrale ist sofort vorzunehmen.

Zu diesem Zwecke ist eine sechsstellige Kommission zu wählen, die alle Vorschläge scheinungsgemäß mit den bisherigen Leitungen der Afa und der Zentrale in den Zellen vorzunehmen hat.

Gewählt wurden aus den Reihen der Angestelltenräte: Wilhelm Bernard und Siegmund Sühmann (Metallindustrie), Julius Jacubowitsch (Handel). Aus den Reihen der Arbeiterräte: Reinhold Herrmann (Rudruderer), Otto Bick (Metallarbeiter), Otto Kammermeier (Schl. E. B.).

Nach erfolgtem Zusammenschluß löst sich die Zentrale in den Zellen sofort auf.

Die Legitimationskarten der Afa und der Zentrale in den Zellen behalten vorläufig ihre Gültigkeit. Die Angestellten- und Arbeiterräte werden aufgefordert, dem Ausruf der Afa Straßburger zur Erfassung der Betriebsräte nicht Folge zu leisten. Die Ausgabe der Legitimationskarten ist auf dem Boden des A. D. G. B. und der Afa Erhalten zu lassen in den nächsten Tagen.

J. A. Herzmann, Bernard.

